

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und auswärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: J. H. H.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: F. M. Schmidt.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr am Vorabend erbeten; Preis für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf. = 1 1/2 Sgr.

Fruchtpreise zu Neuß am 14. Mai.

Weizen	{	1. Qual.	21	—	Hafer	14	30
		2. "	20	—	Rüben (Aveel)	—	—
Landroggen	{	1. Qual.	14	—	Raps 1. Qual.	—	—
		2. "	12	50	2. Qual.	—	—
Gerste	{	Winter	—	—	Kartoffeln	8	—
					Heu	4	80
					Strohhalm	3	60
Buchweizen		1. Qual.	—	—			
Preise unverändert.							
Rübsöl per 100 Kilo in Parthieen von 100 Ctr.						62	50
Rübsöl per 100 Kilo faßweise						64	50
Gereinigt Del per 10 Kilo 3.— M. höher als Rübsöl.							
Preßkuchen per 1000 Kilo						128	—
Weizen-Vorschuß 00 per 100 Kilo						30	—
Kleien per 50 Kilo						5	40
Rübsöl und Kuchen unverändert.							

Deutschland.

NPC. Berlin, 12. Mai. Der Reichstag setzte in seiner heutigen (43.) Sitzung die erste Beratung über die Tabaksteuer vor. Für die Tabaksteuererhöhung trat zunächst der Abg. v. Schmidt-Wartenberg ein. Mit einer einseitigen Interessenvertretung, führte Redner aus, sei eine Steuerreform überhaupt nicht durchführbar. Deshalb könne der Reichstag den Abgeordneten aus Baden auch nicht folgen. Die finanzielle Lage des Reichs sowie der einzelnen Bundesstaaten fordern gebieterisch eine Steuerreform. Die Einzelstaaten müßten entlastet und die vorhandenen Defizits beseitigt werden. In der höheren Besteuerung des Tabaks liege eine ausgleichende Gerechtigkeit. Die Lizenzsteuer finde auch in der deutschen Reichspartei wenig Sympathie, auch die Höhe der Nachsteuer sei nicht zu billigen. Es würde sich aber wohl ein Boden der Vermittelung finden lassen. Abg. Meier-Bremen wünscht dringend, daß der Reichstag durch sein Votum das Monopol, das anscheinend nur vorläufig in den Hintergrund gedrängt sei, ein für allemal von der Tagesordnung entferne. Redner gibt der Fabriksteuer, wie sie in Amerika besteht, vor der Gewerbesteuer den Vorzug, will aber in dieser Richtung keine Anträge stellen, um den Gegenstand endlich zum Abschluß zu bringen. Die Steuerfrage sei indes viel zu hoch gegriffen und müßte erheblich ermäßigt werden. Die Lizenzsteuer sei entsetzlich zu verwerfen, ebenso die Nachbesteuerung. Diese würde in der Tabakindustrie einen großen Nothstand hervorrufen, das kleine Gewerbe würde vollständig ruiniert werden. — Bundescommissar Geh. Rath Schomer: Die Regierung sei der Ansicht, daß nach Annahme der Vorlage die Verhältnisse in Deutschland sich so gestalten würden, daß der eigentliche Tabakpflanzer gar

nicht zur Steuer herangezogen werde. Die Lizenzsteuer bestehe überall, wo ein hoher Ertrag aus der Tabaksteuer erzielt werden solle, ohne das Monopol zu haben. Die Erhebung der Nachsteuer sei aus finanziellen Gründen eine Nothwendigkeit. — Abg. Lenker (Baden) erklärt sich aus Rücksicht für die Landwirtschaft gegen die Vorlage. Die Ausführungen des Abg. v. Schmidt-Wartenberg in dem Sinne: Wir brauchen sehr viel Geld, ergo muß die Steuer vermehrt werden. Das sei eine ganz falsche Finanzpolitik. In erster Linie müsse doch gefragt werden, ob die Steuerzahler auch in der Lage seien, solche erhöhte Anforderungen zu erfüllen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei das ganz unmöglich, wenn auch nicht in Abrede gestellt werden solle, daß die bestehenden Steuerförmlichkeiten eine Steigerung fähig seien. Es handele sich hier nicht bloß um den Tabakbau, sondern zugleich um den Tabakhandel, um die Tabakindustrie, um die Existenz von Hunderttausenden deutscher Staatsbürger. Es sei also ganz falsch, von einem einseitigen Interessenstandpunkt zu sprechen. Redner hofft, daß der Reichstag es sich zur Aufgabe machen werde, auf der Grundlage geringerer Sätze einen Ausgleich der verschiedenen Interessen herbeizuführen. — Abg. Frick: Der Standpunkt der socialdemokratischen Abgeordneten sei der, daß beim Militär- etat erspart werden müsse; eine Steuererhöhung würde dann nicht nothwendig sein. Jetzt wolle man eine Steuererhöhung, um nach Ablauf des Septennats neue Mittel für Militärausgaben zur Verfügung zu haben. Durch diese Steuer würden vorzugsweise die kleinen Leute, die Arbeiter und Beamten, getroffen. Die Tabaksteuer würde gerade den billigen Tabak um 150 Prozent verteuern. In einer Zeit, wo die Tabakindustrie darniederliege, wo der Arbeitslohn um mehr als die Hälfte heruntergegangen sei, komme man mit einem solchen Geseß. Nach Annahme desselben werde ein Bankrott zahlreicher Geschäfte unausbleiblich sein. Die Noth des Arbeiterstandes werde noch größere Dimensionen annehmen. Redner stellt einen Antrag in Aussicht, der eine Befreiung der Zuckerausarbeit in der Tabakbranche fordern soll und bittet zum Schluß um Ablehnung der Vorlage. — Abg. Dr. Buhl ist der Ansicht, daß der Tabak bei der Steuerreform nicht umgangen werden könne. Die Vorlage selbst biete aber in einer Reihe von Bestimmungen sehr schwere Bedenken, einige derselben seien geradezu unbegreiflich. Dieses gelte namentlich von den Bestimmungen über die Nachbesteuerung. Allerdings werde man diese schwerlich ganz beseitigen können, aber der Uebergang müsse erleichtert werden. Redner schlägt vor, ein Staffelsystem zu acceptiren, die erhöhte Steuer mit 30 Mark pro Centner beginnen zu lassen und sie in Stufen von je 5 Mark pro Jahr bis zum Maximum von 50 Mark zu steigern. Dieses System würde nicht nur den Uebergang erleichtern, sondern auch den Verbrauch weniger beeinträchtigen. Der Tabakpflanzer müsse endlich von der Hauptpflicht gänzlich entbunden und an Stelle der

selben die einfache Anzeigepflicht gesetzt werden. — Abg. Koppfer (Mannheim) geht auf die Einzelheiten der Vorlage ein und bittet die Regierung um die offene Erklärung, ob sie das Monopol noch im Hintergrunde habe oder nicht. — Abg. von Puttlammer-Erdenberg: Er und seine Freunde seien der Meinung, daß ein Geseß zu Stande kommen müsse, welches dauerhaft sei, aber man dürfe trotzdem nicht für die Zukunft votiren, denn es stehe noch gar nicht fest, welche Besteuerungsart die beste sei. Was die Vorlage anlange, so sei der Gesichtspunkt für ihn maßgebend, ein möglichst großes finanzielles Ergebnis zu erzielen; innerhalb dieser Grenze werde er alles thun, was dem Tabakbau zu Gute kommen könne. Allerdings sei die Gewerbesteuer primitiv, weil sie die verschiedenwerthigen Tabake gleich besteuere; aber doch müsse, um vorläufig die Sache zu erledigen, der Standpunkt der Regierung als richtig anerkannt werden. Eine Verweigerung des Eingangsollzolls würde der Vorlage den finanziellen Boden entziehen. Hoffentlich wird es der Commission gelingen, einen Ausweg zur Zufriedenheit aller Theilnehmenden herbeizuführen. — Die Diskussion wird hierauf geschlossen und die Vorlage an eine besondere Commission von 28 Mitgliedern verwiesen. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Tages-Ordnung: Kleine Vorlagen, Wahlprüfungen und Petitionen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Berlin, 13. Mai. Ueber den Zwischenfall Bismarck-Lasker in der Reichstags-Sitzung vom 8. Mai finden wir 2 merkwürdige Auslassungen in der „Norddeutschen Allg.“ und in der „Köln. Ztg.“. Erstere Blatt, „freiwillig gouvernemental“, wie es so oft betont, steht selbstverständlich auf Seiten Bismarcks und bezugnehmend auf Laskers Angriffe gegen den Reichskanzler bietet es dem Abgeordneten Lasker einen Blumenstrauß von Äußerungen, wie es selbst in den erregtesten Zeiten parlamentarischer Kämpfe ein Blatt kaum gewagt hat. „Der Ton“, schreibt sie, „welcher in letzter Zeit gegen die verbündeten Regierungen angeklagen wurde, sei ein solcher, welcher unter Leuten von Erziehung im Privatverkehr nicht üblich sei. Es mache einen eigenthümlichen Eindruck, wenn die parlamentarische Redefreiheit... keine andere Aufgabe mehr zu kennen scheine, als die amtlichen Vertreter der Regierungen und die leitenden Beamten persönlich herunterzureißen und als unfähig, unwissend und unglaublich darzustellen.“ Sodann werden auch die hierher gehörigen Namen genannt und die Ansicht ausgesprochen, „die Herren Lasker, Bamberger und ihre Genossen würden bei uns im Reich, so lange uns das monarchische Prinzip leite, im Grunde wohl nicht als positive Staatsmänner verwendet werden können.“ Mit einem Seitenblick auf England, wo so etwas „nicht ohne ernste und allgemeine Mißbilligung aus dem Schoße der Majorität des Hauses abzugeben pflege“, wird es als ein für uns Deutsche peinlicher, im Auslande aber vielleicht schadenfroher Eindruck dar-

Insolence.

Dem amerikanischen Original von Mrs. Auguste Evans Wilson nachgezeichnet von Lina Freifrau v. Berlepsch.
(43.)
Es war der härteste Schlag, der Otfried Palma's erfolgreiches Leben noch getroffen, aber er ertrug ihn in gewohnter Weise, ohne den Schmerz im Innern zu verrathen.
Während der Pause, die nun entstand, hielt er ihre Hand fest in der seinen, und als er wieder sprach, war sein Ton streng und hart.
„Meine Meinung gründete sich natürlich auf mein Vertrauen in Deine Wahrheitsliebe. Du sagtest mir, Mr. Lindsay könne Deinen Herzen nichts sein, und ich hielt Dich eines Betrages unfähig. Verzeihe, wenn ich mich täuschen ließ.“
„Ich wollte Sie nicht täuschen, Mr. Palma.“
„Ich dachte, Du verstandest die Tragweite Deiner Worte. Als ich Dich ermahnte, meinem Vetter zu sagen, Dein Herz habe bereits gewählt, behauptetest Du emphatisch, das wäre un wahr.“
„So dachte ich — damals; ich kannte mich selbst nicht.“
Ihre traurigen Augen trafen die seinen. Er lächelte ungläubig.
„Du wüßtest nicht, daß dein Herz nach Indien gewandert sei, ehe Mr. Lindsay darum warb? willst Du, daß ich das glaube?“
„Glauben Sie, was Sie wollen, Mr. Palma, nur nicht, daß ich mit Wissen und Willen Sie getäuscht.“
Der Schmerz, die Hoffnungslosigkeit, die aus dem bleichen Antlitz sprachen, das Beben der kleinen Hände, die unwillkürlich sich fester um die seinen schlossen, bewegte ihn.
„Sieh' mir in's Auge, Lily, und antworte wahr und feierlich; liebst Du Ernst Lindsay?“
„Ja, er ist so gut; wie könnte ich anders?“
„Meine Ausflüchte, bitte; ja oder nein. Ist Dir Mr. Lindsay lieber, als irgend Jemand auf Erden, ist Niemand, den Du mehr liebst?“
Erde und Himmel, Bäume und Wiesen wirbelten in einem Chaos durcheinander. Sie drückte die Augen zu.
„Sie haben kein Recht, solche Fragen zu stellen, Mr. Palma, und ich werde nicht antworten.“
Sie versuchte, ihre Hände loszumachen.
„Lassen Sie uns heimkehren, ich fühle mich unwohl.“
„Sei ruhig, Lily, ich habe mit Dir zu sprechen; vergiß nicht, daß ich Dein Vormund bin. Ich fürchte, Du geräthst auf gefährliche Abwege, und Dein junges Herz ist kein zuverlässiger

Rathgeber. Du hast Deinen Jugendfreund lieb, achtest und ehst ihn, bist ihm dankbar für all' die brüderliche Liebe, die er Dir zu erwiesen. Dankbarkeit nimmt in Deinen Augen das Gewand der Pflicht an, und Du suchst Dich zu überzeugen, daß Du seinen Wunsch gewähren mußt. Aber wie, wenn Du später einem Manne begegnest, der Deines Herzens volle und wahre Liebe befaßt, der Deine Gefühle erwidert, — was dann?“
„Ich würde dennoch meiner Pflicht treu bleiben.“
„Du wüdest es versuchen, zweifelsohne; aber Unrecht wäre es, mit solchen Gefinnungen Deinen Jugendfreund zu betrachten. Erst mußt Du ihm das Wesen Deiner Gefühle offenbaren. Du bist noch so jung, kennst Dein Herz wohl kaum, und als Dein Vormund darf ich nicht zugeben, daß Du unbedacht Fesseln schmiedest, die Deine Zukunft verwunden würden. Der Brief, den Du Deiner Mutter schriebst, ist noch nicht abgegangen, hattest vergaß ihn. Ich habe Grund anzunehmen, daß Du Deine Mutter in Rätze setzen wirst, laß die Sache in der Schwebe, bis Du mündlich mit ihr Dich benehmen kannst. Willst sie dann in Deine Vermählung, so werde ich mich nicht widersetzen. Ich fahre Dich gern glücklich, Lily, und wenn ich auch Mr. Lindsay achte, möchte ich doch nicht, daß Du ihn heirathest.“
Sie erhob sich und stand vor ihm, die Hände fest verschlungen, thränenlos, voll Verlangen, den Weg ihrer Pflicht zu kennen.
„Wenn ich ihn nur glücklich machen kann, Mr. Palma, ich verdanke ihm und den Seinen so viel, und darf nicht verjagen, was er erbittet.“
„Wähle er, wie Du fühlst, so würde er Deine Zustimmung nicht verlangen. Dein Herz, Lily, drängt Dich nicht in Mr. Lindsay's Arme.“
„Warte er ihre Thorheit? Das Blut, das ihr im Herzen zu stocken drohte, fluthete ungestüm in die Wangen.“
„Ernst ist so edel“, entgegnete sie hastig, „wie könnte ich ihn nicht lieben?“
Otfried erfaßte ihre Hand und besaß den Ring.
„Und dies trägst Du zum Zeichen Deiner Verlobung? sag' mir aufrichtig, Lily, trägst Du diesen Ring nicht vielmehr, um Dein Pflichtgefühl lebendig zu erhalten?“
„Ich schrieb, ich solle den Ring tragen, wenn ich meinem Verlobten getreu geblieben.“
„Darf ich dieses Versprechen kennen?“
„Daß ich ihn immer lieben würde, wie damals.“
„Als Dein Vormund aber kann ich, ohne Deiner Mutter Genehmigung keine Verlobung dulden, und gestehe offen, ich bin froh, Dich bald ihrer Sorge übergeben zu können. Und nun sehe Dich, ich habe traurige Nachricht.“

Er nahm ein Telegramm aus der Tasche, daselbe, das sie ihm gestern überbracht.
„Es ist für Dich bestimmt, obgleich es meine Adresse trägt.“
Er legte es in ihre Hand; von unbestimmter Angst erfaßt, las sie:
„San Francisco.“
„Mr. Otfried Palma. Bitte, sagen Sie Regina, Ernst sei zu krank, um weiter zu reisen. Wünscht sie ihn noch lebend zu sehen, möge sie unverzüglich kommen.“
Elise Lindsay.
Das Blatt flatterte zu Boden. Regina schloß sich schmerzhaft und verhielt das Antlitz.
„O, lassen Sie mich gehen“, bat sie endlich, „es wird ihm ein Trost sein, so er sterben sollte.“
„Fasse Dich, Regina; die Ankunft des Telegramms wurde durch bestigen Schneefall verzögert; es ist bereits drei Tage alt. Ich telegraphirte gestern Abend sofort um Nachrichten über Mr. Lindsay's Befinden, erhielt aber zur Stunde keine Antwort. Die Drähte arbeiten nicht, die Bahnzüge sind gestoppt. Wir müssen uns gedulden, bis wir Bestimmtes erfahren.“
„Lassen Sie mich nach Hause gehen, Mr. Palma, ich möchte allein sein.“
Sie erreichten den Wagen. Mr. Palma befaß, zum Telegraphenamt zu fahren. Mit geschlossenen Augen und schmerz- bewegten Lippen lehnte Regina in die Kissen zurück.
An der Pforte des Telegraphenamtes hielt der Wagen und Mr. Palma stieg aus. In höchster Spannung erwartete Regina sein Wiedererscheinen.
„Der Telegraph arbeitet noch nicht“, theilte der Vormund mit, als er nach geraumer Zeit zurückkehrte, „sobald ein Telegramm einläuft, wird es Dir gemeldet. Ich habe nun auf der Kanzlei zu thun, und Du wirst allein nach Hause fahren.“
Olga war noch immer in ihrem Zimmer eingeschlossen. Mrs. Palma schrieb Briefe, und Regina blieb sich und ihren trüben Gedanken überlassen. Als der Abend sich senkte, nahm ihre Unruhe zu, und mit bebenden Gliedern schritt sie auf und nieder. Abwechselnd erinnerte sie sich an alle Einzelheiten ihres Aufenthalts im Pfarrhaus, suchte in Gedanken jene seltsame Kinderzeit, die Ernst's Freundschaft und liebevolle Sorge so schön gemacht, wieder zu durchleben. Sie gedachte der weißen Lieblinge, die sie zusammen pflegten, der Gesänge, die er liebte, der Bücher, die sie gelesen, der Blumen, die er für sie gepflückt, vor Allem aber der liebevollen Weise ihr zu rathen. Wie innig hatte er gewünscht, er möchte bei seiner Wiederkehr sie unberührt finden von der Welt. War sie das? Durfte sie das edle, treue Herz täuschen, das ihr unbedingt vertraute?
Sie breitete all' die Andenken, die Ernst ihr gegeben, vor sich aus, die trocknen Blumen, ein glühend unter Indiens Feuer-

eingetroffene De-
fäule der Freude
szubrüden. Die
e ist angelündigt.
im Allgemeinen
erde, bevor die
Paris vor die
eint, daß man
wenn man nicht
die Sache besser
die Durchschnitts-
und mit diesen
en Conftitorium
Fürstenberg, die
Santos-Silva,
Pater Newman,
tamt 11 Italie-
wie der Bischof
Bischöfe in par-
cardinale leiteten
R. 3.
Neuß.
2.
3,56, 9,45.
7,7, 9,5,6
7,18, 10,5.
10,15.
8, 9,18.
11,8, 2,46, 7,25
5,6, 7,34.
7,54.
8,4.
5.
Anzeige.
15. Mai spielt
ohnmann,
des Düsseldorf
igen Kaufhaufe.
Direction.
M.
tenlokal.
lai:
Concert.
Trompetercorps
s. Nr. 11 unter
s Stabstrompe-
mann.
Sntree 25 Pfg.
bei gutem Wet-
tt.
Offen ange-
s, Oberstr. 113.
Sanallstraße, von
arten per 1.
heilt zu verme-
ke 80.
ohnung von
eichen und gleich
s. d. M.
m Hause Markt
gleich zu be-
selbst.
er-Gebülsen
Beschäftigung.
ugenberg,
No. 91.
bmacher sucht
Arbeit zu über-
Exp.
werden gesucht.
dieses Jahres
er auf einem
echt auf eine
gleich eintreten
die Exp.
Häfeldorfer
Schiffahrt.
Häfeldorfer:
Uhr 15 Min.
der Sonntags).
Uhr 30 Min.
" 30 "
" 30 "
" 10 "
" 10 "
" 10 "

gestellt, wenn die Stellung als Minister angesehen und wozu zugehörigen Leuten in reiferen Jahren die Verpflichtung auferlegt solle, sich den treuenden Einwirkungen jeder großen Erziehung der Reifezeitigkeit von Leuten auszuweisen, von denen Jedem das Vaterland den ersten schöpferischen Dienst noch vergebens erwarte. Zum Schluss wird den Kritikern das Bestreben empfohlen, die Kritik in die Formen guter Erziehung zu kleiden.

Man mag über die in Rede stehende Sache denken, wie man will, eine solche Schulmeisteri über die Vertreter des Volkes steht der Nordd. Allg. nicht schön an und die letzte Mahnung, der Kritiker möge seine Kritik in die Formen guter Erziehung kleiden, mag das „freiwillig-gouvernementale“ Blatt zuerst auf sich selbst anwenden.

Dies eine Stimme für Bismarck gegen Lasker. Anders die „Köln. Ztg.“, die für Lasker gegen Bismarck ins Feld zieht. Sie meint: „Der Reichskanzler hatte eine Reihe von Angaben gemacht, und wenn die Reichstagsabgeordneten gar kein Urtheil darüber äußern dürfen, ob diese Angaben richtig oder wenigstens theilweise unrichtig sind, so könnten sie eben so gut zu Hause bleiben. Wenn aber verschiedene Zeitungen sich darin finden, so nennt man solche Angaben auf deutsch „unzuverlässig.“ Und man bemerkt wohl, daß Lasker nicht etwa den Charakter des Fürsten Bismarck „unzuverlässig“ genannt, sondern bloß seine Angaben so bezeichnet hat. Das ist ein großer Unterschied. Wenn unsere Reichstagsabgeordneten alle Behauptungen unserer Regierungen ohne weiteres als richtig hinnehmen sollen, so hört jede Möglichkeit einer Verhandlung auf. Es leidet keine Frage, daß unser großer Staatsmann auch eine große Empfindlichkeit besitzt, wir glauben sagen zu dürfen, eine zu große. Er selbst wiederholte wieder seine Behauptungen, daß er verhärtet sei gegen Angriffe oder, wie er sich einmal ausdrückte, gefest gegen Drückerwürge. Wie stimmt es aber damit, daß mit seiner Genehmigung Jahr aus Jahr ein zahllose Anlagen wegen Bismarck-Beleidigung erhoben werden, so daß ihm aus den Reihen der Fortschrittspartei entgegengerufen wurde: „Strafanträge!“ Weiter zieht auch die „Köln. Ztg.“ das englische Parlament als Beispiel heran, in welchem sich die englischen Staatsmänner ganz andere Dinge sagen lassen müßten, als die unsrigen, „ohne daß es seit einem Menschenalter Jemandem eingefallen wäre, einen Proceß anzuheben wegen Peel, oder Palmerston oder eines anderen Ministers Beleidigung.“

In diesen Ausführungen ist, wie ein kath. Blatt richtig bemerkt, weniger interessant das, was gesagt wird, als daß es von der „Köln. Ztg.“ gesagt wird. Wie sich doch die Zeiten ändern! In der Blüthezeit des Culturkampfes fanden die liberalen Blätter, die „Köln. Zeitung“ oben an, gar kein Wort des Tadels über die zahlreichen Strafanträge, welche Fürst Bismarck gegen katholische Blätter richtete; und als er dem Centrum zurief, der Attentäter Rulmann hänge an seinen Nachköpfen, da fand der jubelnde Beifall der „Köln. Ztg.“ und ihrer Kollegen gar kein Ende. Und jetzt findet die „Köln. Ztg.“, daß der Reichskanzler zu empfindlich sei, jetzt klagt sie über seine Strafanträge gegen die Presse, jetzt greift sie ihn wegen seiner persönlichen Angriffe im Reichstage an! Ist das nicht eine treffliche Illustration zu dem Lied von dem doppelten Maß und Gewicht? — „Unser Braun“ soll nach dem „Deutschen Montagsbl.“ die Absicht haben, von der parlamentarischen Bühne zu verschwinden. Ein großes Unglück für das Reich, meint die „Germ.“, wäre in diesem Rücktritt nicht zu finden. Als einzige Folge des Auscheidens würde nur der Umstand zu registriren sein, daß fortan die stenographischen Parlamentsberichte weniger seltene Späße und weniger „Gitterkeit“ aufweisen würden.

Die Angelegenheit, betreffend Auszahlung einer Pension an die verwitwete Königin Marie von Hannover und deren beide Töchter ist, wie man der „Nat. Ztg.“ schreibt, noch nicht zum Abschluß gelangt. Obgleich die preussische Regierung dem Antrage des altenbavrischen Hofes auf Gewährung solcher Pensionen in Höhe der früheren hannoverschen Festgehälter bereitwillig zugestimmt hat, ist doch bis heute noch kein Termin bestimmt, von welchem ab die Pensionen an die Berechtigten zu zahlen sind.

Breslau, 9. Mai. Gestern Nachmittag haben die letzten Urfolgerinnen unter Protest ihr Eigenthum verlassen. Eine

sonne, Briefe . . . und doch fühlte Regina, daß Otfried ihr Herz beherrschte, daß des Anwaltes stolze, gebietende Erscheinung den sanften Gelehrten übertrage.

Und wenn Ernst Lindau, nachdem sie sein Weib geworden, die Wahrheit entbedte, würde er ihr färbend vertrauen?

Sie beschloß, nach San Francisco zu gehen, und ihm Alles mitzuteilen, ohne den geliebten Namen zu nennen.

War er zufrieden mit dem, was sie zu bieten vermochte, so wollte sie, mit der Mutter Genehmigung, ihm gehören. An den Vormund aber wollte sie dann nicht mehr denken.

Die Nacht kam und legte mit bleicherer Schwingen sich auf ihre Seele. In fieberhafter Aufregung öffnete sie das Fenster.

Eine ferne Thurmruhr schlug elf, der Mond schwamm im Zenith und erleuchtete weithin Alles mit silbernem Lichte.

Ein gemessener Schritt wurde vernommen, Otfried Palma näherte sich seinem Hause.

Regina's Herz pochte zum Zerspringen. Hatte er Nachricht von Ernst?

Sie wartete geraume Zeit; Alles blieb still. Das junge Mädchen sank auf die Knie und flehte, daß Gott ihr helfe, den Weg der Pflicht zu erkennen, ihm zu folgen, daß des armen Kranken Leben geküsst werden möge, und ihr es vergönnt sei, es zu beglücken.

Wieder erhob sie sich und schlug die kleine Bibel auf, die Ernst ihr an ihrem dreizehnten Geburtstag gegeben. Das vierzehnte Capitel des Evangelium Johannes begegnete ihrem Auge: „Euer Herz ängstigt sich nicht. Vertrauet Gott und vertrauet auch mir.“

Leises Pochen ertönte an der Thüre.

Sie eilte nach der Schwelle. Dr. Palma stand draußen und reichte ihr ein Telegramm mit abgewandtem Gesicht.

Zitternd griff sie darnach, und er schritt rasch von dannen.

„Ernst starb heute Nacht.“

„San Francisco.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

„Ernst starb heute Nacht.“

Menge Volles war herbeigeleitet und rief den Schwestern ein leghes Lebenswohl zu. Die Schwestern, mit Ausnahme der Mater Emma, welche, alt und kränklich, bei den Elisabetherinnen Zuflucht suchen wußte, reisten gestern Abend nach Marseille ab. — Wie versichert, hat sich bei der königlichen Regierung um die Pfarrei St. Vincenz hier selbst ein Staatspfarrer beworben. Laut der „Schles. Volksztg.“ ist es Hr. Sterba.

Hamburg, 10. Mai. Wegen Verbreitung der in London von Most herausgegebenen Zeitschrift „Freiheit“ ist, laut der „Frankf. Ztg.“, ein Duzend Personen, worunter auch zwei Frauen, verhaftet worden. Wie es scheint, hat ein recht schwunghafter Betrieb stattgefunden; denn außer in den Behauptungen der gefänglich Eingezogenen hat man auch an Bord eines englischen Schiffes eine beträchtliche Anzahl Exemplare des verbotenen Blattes gefunden.

Siebstadt, 9. Mai. Vom 3. bis 6. d. wurde die 1100-jährige Gedenkfeier der hl. Walburga auf's Festliche begangen. Die ganze Stadt prangte im bunten Festkleide und tausende von Pilgern hatten sich eingefunden. Das Wetter, zwar kalt, jedoch trocken, that der Feier keinen Abbruch. Außer unserm hochw. Herrn Bischof beteiligten sich am Feste noch der Erzbischof von Bamberg und die Bischöfe von Regensburg, Speyer, Würzburg, ferner die Äbte von Scheyern, Metten und Mönchen und viele andere Priester. Die Festpredigten hielten am 1. Tage der hochw. Herr Erzbischof von Bamberg (über die Schäden der Zeit und die entsprechenden Heilmittel) und Herr Domkapitular Dr. Schmid aus Bamberg, am 2. Tage der hochw. Herr Bischof Erler von Speyer und Herr Seminarregens Dr. Bruner, am 3. Tage der hochw. Herr Bischof Franz Leonrod von Siegburg und Generalvikar Sutter (Schlußpredigt). Die Processionen am Anfang und am Schluß des Festes waren großartig.

Krefeld, 12. Mai. Der Hr. Abgeordnete Dr. August Reichensperger hat, laut der „Niederr. Volksztg.“, den Un-terzeichnern der aus seinem Wahlkreise ihm überreichten Eingabe gegen die Erhöhung der Braumalzsteuer erwidert, daß er nicht ermangeln werde, der Petition eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. „So weit das allgemeine Interesse,“ so fährt wie vor es mir anlegen sein lassen, den Interessen meines Wahlkreises vor allem zu dienen. Das Interesse meines Wahlkreises wird übrigens voraussichtlich im Reichstage durch mehr in's Gewicht fallende Stimmen, als die meine ist, befürwortet werden, durch Autoritäten auf dem fraglichen Gebiete, welchen ich den Vortritt einzuräumen muß, sofern ich überhaupt hoffen kann, das Wort zu erhalten.“

Wien, 12. Mai. Ein hier eingetroffenes Circular der Pforte führt Klage über Vergewaltigung der Türken in Bulgarien und Ostrumelien durch die Russen; die Mächte werden ersucht, darüber zu wachen, daß auch in Bulgarien und Ostrumelien das Prinzip der Toleranz durchgeführt werde.

Belgien, 12. Mai. Der h. Vater hat an den Cardinal-Erzbischof Dechaux von Mecheln ein Breve gerichtet, in welchem er ihm und seinen Gläubigen für den überanbieten Peterspennig, der sehr beträchtlich war, seinen Dank ausspricht. In demselben spricht er auch seine Billigung der öffentlichen Aste aus, die der Cardinal im Verein mit den andern Bischöfen vollführt hat. Die Schreierei der liberalen Presse, nach welchen der Papst das Vorgehen der belgischen Bischöfe gegen die Regierung gesponsoriert haben soll, wird jetzt wohl aufhören.

Der oberste Erzbischof Belgiens hat jedoch die Kirchhöfe den Kirchenfabriken ab- und den Gemeinden zugesprochen. Die liberale Presse ist außer sich vor Freude. Damit ist die Con-stitutionalität der Kirchhöfe formell ausgesprochen und es wird nicht lange mehr dauern, daß die Leichen der Katholiken noch in geweihten Gräbern ruhen werden, wie dies jetzt schon in den meisten größeren Städten der Fall ist.

Frankreich, 11. Mai. Ein in Paris wieder eingetroffener Abgeordneter, so berichtet „La Presse“, hat mit dem Präsidenten der Republik eine Unterredung gehabt, in welcher er Herrn Grevy in der Voraussetzung, daß die Stellung des gegenwärtigen Kabinetts doch unhaltbar geworden sei, den Rath erteilte, betraut mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen. Darauf erwiderte Herr Grevy, wenn nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach: „Das Ministerium steht noch auf den Beinen und so lange es nicht durch ein Votum des Parlaments getroffen ist, kann nicht davon die Rede sein, es ganz oder auch nur theilweise zu verändern. Wenn ein Kabinet oder ein Minister sich aus bloßer Furcht vor der Möglichkeit einer Schlappe zurückziehen wollten, so wäre alles Regieren unmöglich. Was Herrn Gambetta betrifft, so könnte ich nur in zwei Fällen daran denken, ihn von dem neutralen Platze, den er gegenwärtig als Präsident der Kammer einnimmt, abzurufen, um ihm das Ministerpräsidium anzubieten, wenn nämlich die Majorität der Kammer ihn ausdrücklich bezeichneter oder wenn alle anderen Kombinationen erschöpft wären und er allein noch übrig bliebe. Indef bleibe ich überzeugt, daß eine Ministerkrise überhaupt noch nicht so bald zu gewärtigen ist.“

Paris, 12. Mai. Mit Bezug auf die in der gest. Nummer mitgetheilte Ansprache Grévy's an die Deputation der Orthodoxen der reformirten Kirche fragt der „Figaro“ mit Recht, wie es wohl komme, daß Grevy anderen Religionen den Vortritt bei etwaigen Verfolgungen durch den Staat zuerkennt, und weshalb die reformirte Kirche erst zuletzt verspeist werden solle. — Die radicale Marzellaise fordert in ihrer letzten Nummer die Unterdrückung aller Congregationen und gesteht mit cynischer Offenheit zu, daß der Kampf nicht dem Ultramontanismus oder Clericalismus gelte, sondern dem Katholicismus überhaupt, denn dieser sei die größte sociale Gefahr. So kann fäbrt das Blatt wörtlich fort:

„Wenn der Katholicismus eine sociale Gefahr ist, so wagt es doch, ihn mit offenem Biste anzugreifen, ihn unbarmherzig zu verfolgen, ohne Gnade und ohne Waffenstillstand, wie wir das 1789 und 1793 gethan haben. Fort mit allem Aufschub, mit allen legislativen Feinheiten, mit allen halben Maßregeln! Macht also fernerhin keinen Unterschied zwischen Katholicismus

und Clericalismus, zwischen Gallicanismus und Jesuitismus und sprecht uns nicht mehr vom Concordat von 1801.“

Der Unterrichtsminister hat dem Staatsrath heute 30 Beschlüsse über den Verweisungen, in welchen sich die geistlichen Anstalten über den gewaltsamen Schluß ihrer Schulen wider alles Gesetz und Recht zu beklagen hatten.

Der Justizminister Leroyer hat gegen den Präsidenten des Civilgerichts von Bayonne ein Disciplinarverfahren beim Kassationshofe anhängig gemacht, weil er eine Beglückwünschungsadresse an den kaiserlichen Prinzen mit unterzeichnet hatte. — Wie der „Siecle“ meldet, hat Herr Hyacinthe Loyson in einer Petition an die beiden Kammern für die von ihm gegründete gallicanisch-katholische Kirche die Anerkennung des Staats und den Genuß der aus derselben resultirenden Rechte nachgelehrt.

Niede des Abgeordneten Reichensperger (Olpe) in der 37. Sitzung am Sonnabend den 3. Mai 1879. Nach dem stenographischen Bericht.

(Fortsetzung.) Aber die Herren Gegner sagen nun, die Misere, welche ja unleugbar bestesse, sei keine spezifische deutsche Kalamität, sondern diese sei ganz allgemeiner Natur, sie finde sich im schutzlosen Frankreich, in Amerika, in Rußland ebenso, wie in dem freihändlerischen England, — darum sagt man, könnten wir den französischen Handelsvertrag von 1865 und unsere passive Handelspolitik nicht dafür verantwortlich machen. Aber ich meine, der angegebene Vorwurf widerlegt schon jede Zulässigkeit der Bezugnahme auf diesen Handelsvertrag als solchen. Es ist ja klar und gewiß, daß, wenn wirklich diese Kalamität eine allgemeine ist, dieselbe nicht einem einzelnen Alts, also auch nicht dem französischen Handelsvertrag zur Last gelegt werden kann. Es sind nur sekundäre Schäden, die in Folge dieser passiven Handelsfreiheit bei uns eingetreten sind und unsere Lage nur noch drückender gemacht haben, als sie an und für sich schon ist. Es liegt die Ursache einfach darin, daß in dem letzten Jahrzehnt, also auch namentlich seit dem französischen Handelsvertrage, jene auri sacra fames, von der schon die Alten zu sprechen gewußt haben, in allen unseren Kulturländern eine übertriebene Herrschaft erlangt hat, und daß namentlich die Großindustrie eine Ueber-treibung sich hat zu Schulden kommen lassen, die nothwendig zum Verderben des Einzelnen und zum Ruine des Ganzen führen mußte. (Sehr richtig.) Also diese Thatsache ist richtig, aber — und ich will Ihnen den Schlußreim schon darauf geben, Sie werden sehen, daß ich nicht gegen mich kämpfe, sondern für mich. — Ich will trotzdem noch darauf hinweisen, wie es in einer bestimmten Branche in Deutschland beschaffen ist, — das ist die Maschinenbauindustrie, von der lese ich, daß dieselbe während der Gründerperiode in einer Ausdehnung eingerichtet worden ist, daß sie auf eine jährliche Leistung von 2000 und mehr Lokomotiven eingerichtet sei, während der deutsche Bedarf an Lokomotiven etwa ein Zehntel von diesem Betrag ausmacht. Nun, m. H., wird kein Mensch uns zutrauen, durch ein Schutzsystem diese Superproduktion schäken zu wollen. Das kann uns natürlich nicht einfallen, wohl aber, daß wir mindestens diejenigen Lokomotiven, die in Deutschland nothwendig sind, aus unserer Industrie nehmen und nicht wegen einiger paar Dollars Auswärtigen aus dem Ausland beziehen, während man unsere Arbeitskraft brach liegen läßt. (Zuruf links.) Ich verstehe nicht deutlich — (Wiederholter Zuruf links) also nicht. — Ich meine also, daß wir nach dieser Seite uns keiner Täuschung hingeben dürfen. Es handelt sich für mich nicht darum, alle diese Verurtheilungen der Großindustrie stracks zu stellen durch irgend welchen Schutz. Allein, meine Herren, ich kann doch nicht umhin, bei dieser Gelegenheit meine Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß auch einen großen Theil der Mißthat auf diesem Gebiete unsere eigene Gesetzgebung trifft, namentlich unsere Alltagsgesetzgebung. (Sehr richtig, im Centrum.) Ohne dieses sogenannte liberale Alltagsrecht würden diese Mißstände überhaupt bei uns nicht haben eintreten können. (Sehr richtig! im Centrum.) — Widerspruch und Zuruf links.) Nun, m. H., in dem bezüglichen Maße würden diese Schäden niemals haben eintreten können. Ich will Sie (nach links) fragen, ob Sie etwa der Meinung sind, daß in Deutschland eine so übertriebene Gründung von Maschinenbauwerkstätten hätte vorgenommen werden können, wenn die erforderlichen Kapitalien von den betreffenden einzelnen Unternehmern hätten hergegeben werden sollen. Ich bin der Meinung, Sie sagen Nein. Möglich ist das nur geworden dadurch, daß man die erforderlichen Kapitalien tropfenweise zusammengeleitet hat durch die kleinen Aktien von 50 und 100 Pfund, indem man den Aktionären vorgewinkt hat, sie würden enorme Dividenden erreichen. (Sehr richtig! im Centrum.) Wenn ich den Einwand richtig aufgefaßt habe, den mir der Herr Kollege Aldert entgegenge-
dachten hat durch das Wort „Defterreich“ — so sollte das wohl heißen, daß auch in Defterreich ähnliche Mißstände vorhanden sind, und daß sie dort nicht die Folge und der Fehler des Gesetzes seien, sondern in der Verwaltung, in der übermäßigen Kon-
fessionierung liegen, wodurch natürlich dasselbe Ziel erreicht werden kann, was bei uns durch die frei erklärte Gründung von Aktiengesellschaften herbeigeführt wird. Also das verkenne ich nicht, daß auf dem Wege schlechter Verwaltung ebenso schlechte Resultate hervorgerufen werden können. Nun, m. H., diese unsere Gründungen sind im wesentlichen — ich glaube, daß die Herren von der liberalen Partei auch der Meinung sind, der Name Lasker wenigstens steht mit in dieser Reihe — diese Gründungen sind in der That ja nur gemacht worden, um Grander-gewinn und Lantime für die Direktoren und Verwaltungsräthe zu schaffen. Weiter, m. H., ist noch für ein Zweites wiederum unser Aktiengesetz absolut verantwortlich. Darüber kann ich sprechen aus amtlicher Wissenschaft, aus der Bearbeitung der betref-fenden Granderproceffe. Unser Gesetz ist nämlich verantwortlich dafür, daß die strafrechtliche Verantwortlichkeit jener Verwaltungs-räthe kaum zu effectuieren ist. (Sehr richtig.) Es liegt dies da-rin, daß nur der strafrechtliche Dolus, nicht aber auch die inner-lia äquivalente culpa lata strafbar ist. Ich habe diese Fälle zum Entsetzen des Gerichtshofs vor mir sich entwickeln sehen. Die Herren Verwaltungsräthe bankrott gewordenen Aktiengesell-schaften erklärten da, sie hätten allerdings mit einer ungenügenden Nachlässigkeit gehandelt, sie hätten ein blindes und stummes Ver-trauen diesem oder jenem Director geschenkt, — sie hätten gar nichts gethan von Dem, was ihre gesetzliche Pflicht war, aber sie hätten nur fulpos, nicht dolos gehandelt, — und sie sind

freigesprochen

ren, wird wohl

nicht einwilligen

getreten hat in

Meinung nach

äußere, zwingen

der Selbstbehalt

traft des Wuns

als sie bisperan

Freunde ist dies

gelder Moment

daß das zwei ge

lich der Meinun

Volks nicht die

weil unserer An

dieses deutsche

hat, als es wir

reiches Volk, wi

b. nur darin tr

stung des Volke

Diese Frage der

tuell der Betrag

müssen, ist aber

nach Ablauf des

fragen, ob Des

Ausgaben tragen

denn die absolut

steht die erste

steht, — dann

lastung ins Aug

Allerdings ist

verstehe, ihrer

mäßigung der

in wiefern dies

bestehen und

werden kann, n

stark, vielleicht

indirekte Beste

alten Tradition

meiner Freude

Herren von der

ein Einsehen ge

das System der

die Einkommen

sprach links.)

zu den wiederh

Einkommensteu

zu meiner groß

seiner letzten

der nationalis

die bei den Ma

vorzugweise be

ten. Wie gesag

entfernt, einen

nun überhaupt

Reichstag bewill

absolute Gebot

des Reichs und

dieserjen verfaß

wahre und wirkl

Ausfluß auf di

m. H., ist eine

zu werden brau

unser Einnahme

thun, wir dürfe

beschränken. Den

Konfliktszeit die

Ausgabebewillig

Frage recht gewo

Garantien gewon

Sache des hohen

ja neue selbstst

Bundesrath muß

dingungen jeige

denn meint, daß

Jedenfalls wird

seinerseits in die

Hand über die

Meinung, daß un

zum Hauptgege

hohem Grade da

einestars ja vor

punkt haben, nich

da ja nach viele

wirtschaftlichen

daß diese Grund

genommen werden

im großen und g

Dieser alte Zoll

welche zu jener

deren wir heute

weise zu bezahle

ob die Rechnung

bis 1500 Millio

glaube nicht, daß

uns in einer Unt

Symptomen, die

auch, die Herren

augenblicklich

bestehen. Ich sag

quiers, welche di

nur deden können

und in Amerika,

ohne diesen Rück

stehen. Ob das

Ich schenke dies

als Laie jeder

Grade unsere Geg

Gegenstand zu

vereins, — dies

jollnerisch, er

meines Gradsens,

...ismus und
heute 30 Be-
die geistlichen
Schulen wider
Präsidenten
erfahren beim
Schulwesen
net hatte. —
son in einer
m gegündete
Staats und
nachgeacht.

(Olpe)
Mai 1879.

... welche ja
klart, sondern
schuldenneri-
wie in dem
teu wir den
passive Frei-
er ich meine,
klaffigkeit der
Es ist ja
it eine allge-
sch nicht dem
kann. —
affiven Gan-
e nur noch
hon ist. —
n Jahrzehnt,
erträge, jene
schuldenneri-
gewußt
ne Herrschaft
eine Lebens-
notwendig
Ganzen süß-
richtig, aber
geben, Sie
für mich.
in einer be-
das ist die
die während
worden ist,
ehr Solomo-
Solomoti-
Nun, m.
schuldsystem
s natürlich
gen Solomo-
r Industrie
kosten aus-
kraft brach
— (Wie-
dass wir
erfen. —
Gungen der
Schulzoll.
dieser Ge-
auch einen
eigene Ge-
(Sehr rich-
Ausgegese-
eintreten
und Burs
den dieje
Sie (nach
n Deutsch-
werfalten
den Kapie-
ten berge-
gen Klein-
erfordert
die kleinen
den Altes-
den errei-
vand rich-
angege-
das wohl
vorhanden
des Geie-
gen Kon-
nicht wer-
von
kenne ich
schlechte
dies un-
dass die
nd, der
e Grün-
Gründer-
angröße
wiedrum
ich spre-
betref-
antwortlich
allungs-
dies da-
e inner-
e Fälle
leben.
engsteli-
gemessenen
des Ver-
ten gar
aber
sie sind

freigesprochen worden. (Hört! hört!) Da denke ich, meine Herren, wird wohl auch ein Einsprechen genommen werden. Ich freue mich einstweilen, daß der Bundesrath wenigstens die Umkehr angetreten hat in der Frage des Zolltarifs. Es ist das meiner Meinung nach weniger aus der Erkenntniß der Sache, als aus äußeren zwingenden Gründen geschehen, kraft der Nothwendigkeit der Selbsterhaltung des deutschen Gewerbslebens und zweitens kraft des Wunsches, die Finanzen des Reichs besser zu stellen, als sie bisher waren. Nun, m. H., für mich und meine Freunde ist diese Verquickung zweier, so weit auseinander liegender Momente eine sehr unerwünschte; wir sind der Meinung, daß das zwei ganz aparte Schüssel sein, und wir sind namentlich der Meinung, daß von einer Mehrbelastung des deutschen Volks nicht die Rede sein kann und soll, und zwar darum nicht, weil unserer Anschauung nach die Geseßgebung bisheran schon dieses deutsche Volk als viel zu reich angesehen und behandelt hat, als es wirklich ist. (Sehr gut!) Wir sind leider kein überreiches Volk, wir müssen uns darum nach der Decke strecken, d. h. nur dahin trachten, eine Umwandlung der finanziellen Belastung des Volkes herbeizuführen, nicht aber eine Mehrbelastung. Diese Frage der nothwendigen Ausgaben für das Reich und eventuell der Beträge, die von den Einzelstaaten gefordert werden müssen, ist aber in der Wirklichkeit doch erst für das Jahr 1881 nach Ablauf des Septennats festzustellen, und da wird es sich fragen, ob Deutschland noch länger will und kann diese großen Ausgaben tragen. — (Sehr gut!) ob dies absolut geboten ist, denn die absolute Noth muß ja berücksichtigt werden. Dann entsteht die erste Frage, ob und inwieweit diese absolute Noth besteht, — dann wird man erst die Frage nach etwaiger Mehrbelastung ins Auge fassen können und dürfen.

Allerdings sind meine Freunde, wenigstens wenn ich es recht verstehe, ihrer Mehrzahl nach der Meinung, daß eine gewisse Ermäßigung der Matricularbeiträge wünschenswerth sei, wenn und in wiefern diese Ermäßigung durch indirekte Steuern statt der bestehenden und allzu drückenden direkten Steuern herbeigeführt werden kann, was gestern der Herr Reichstanzler ja etwas sehr stark, vielleicht etwas zu stark charakterisirt hat. Wir halten diese indirekte Besteuerung für besser und folgen dabei nur unserer alten Tradition und unserm Programm, — und ich kann zu meiner Freude zugleich konstatiren, daß in letzter Zeit auch die Herren von der nationalliberalen Partei nach dieser Seite hin ein Einsprechen gewonnen haben. Sie waren früher absolut gegen das System der indirekten Besteuerung, (sehr richtig! recht!) bloß die Einkommensteuer war für sie eine gute und gerechte. (Widerspruch links.) — Ja, m. H., das ist mir im preussischen Landtage zu den wiederholtesten Malen entgegengehalten worden. Die Einkommensteuer galt als das Zocal aller Steuern! Nun, m. H., zu meiner großen Befriedigung hat der preussische Landtag in seiner letzten Session unter voller Zustimmung der Herren von der nationalliberalen Partei resolvirt, daß diejenigen Erparungen, die bei den Matricularbeiträgen für Preußen sich herausstellen, vorzugsweise bei der Einkommensteuer abgesehen werden möchten. Wie gesagt, ich freue mich dessen, ich bin weit davon entfernt, einen Vorwurf daraus zu machen. Allein, m. H., wenn nun überhaupt erhebliche Mehreinnahmen für das Reich vom Reichstag bewilligt werden sollen, dann halte ich es für das absolute Gebot, was an diesen Reichstag herantritt, als Vertreter des Reichs und der Interessen des deutschen Volks, auch alle diejenigen verfassungsmäßigen Garantien zu fordern, die eine wahre und wirksame Thätigkeit des Reichstags und eine gehörige Anwesenheit auf die Reichsregierung selbst in sich schließen. Das, m. H., ist eine Forderung, die prinzipiell gar nicht gerechtfertigt zu werden braucht. Wir können uns dessen nicht entschlagen, unser Einnahmewilligkeitsrecht zu wahren. Das müssen wir thun, wir dürfen uns nicht auf unser Ausgabebewilligungsrecht beschränken. Denn, m. H., wir haben in einer fünfjährigen Konfliktzeit die Erfahrung gemacht, was es mit diesem bloßen Ausgabebewilligungsrecht auf sich hat. Und, m. H., wenn die Frage recht schwer sein mag, wie denn diese verfassungsmäßigen Garantien gewonnen werden sollen, dann sage ich, daß es zunächst Sache des hohen Bundesraths ist, dieselben zu bezeichnen, da er ja neue selbstständige Einnahmen für das Reich fordert. Der Bundesrath muß darum die Möglichkeit der Erfüllung dieser Bedingungen zeigen: er muß selbst angeben, auf welchem Wege er denn meint, daß diese nothwendigen Garantien gegeben werden. Jedenfalls wird hoffentlich der Reichstag nicht verfehlen, auch seinerseits in dieser Beziehung mitzusprechen. Soviel vor der Hand über die Finanzvorlagen. Ich bin, wie gesagt, der Meinung, daß uns die Beurtheilung des Zolltarifs, den ich glaube zum Hauptgegenstand meiner Erörterung machen zu sollen, in hohem Grade dadurch erleichtert wird, daß uns der alte Zollvereinstarif ja vorliegt, und daß wir da einen gefunden Anhaltspunkt haben, nicht als ob sllawisch diesem gefolgt werden könnte, da ja nach vielen Beziehungen hin sehr große Abweichungen im wirtschaftlichen Leben eingetreten sind. Wohl aber meine ich, daß diese Grundzüge des Zollvereins im allgemeinen wieder aufgenommen werden sollten, und zwar darum, weil diese Zollpolitik im großen und ganzen sehr erfreuliche Resultate aufzuweisen hat. Dieser alte Zolltarif hat eine deutsche Gewerbthätigkeit ermöglicht, welche zu jener Ansammlung von Kapitalien geführt hat, mittelst deren wir heute im Stande sind, unsere passive Unterbilanz theilweise zu bezahlen. Ich weiß nicht, wie hoch diese Unterbilanz ist, ob die Rechnung von Engel sollte wahr sein können, die von 12 bis 1500 Millionen Mark jährlicher Unterbilanz spricht. Ich glaube nicht, daß das die Wahrheit ist, aber, m. H., daß wir uns in einer Unterbilanz befinden, das möchte ich doch nach den Symptomen, die überall hervortreten, annehmen, und ich glaube auch, die Herren Gegner bezweifeln im Grunde nicht, daß wir augenblicklich uns nicht in der günstigen Situation der Oberbilanz befinden. Ich sage, daß wir diese unsere Unterbilanz, wie Bankiers, welche die Sache zu verstehen behaupten, mir angeben, nur decken können durch die Kupons anderer früher aufgeschauften und in Amerika, Oesterreich und Rußland angelegten Kapitalien; ohne diesen Rückgriff würden wir gar nicht zurecht kommen können. Ob das Angegebene wahr ist, kann ich nicht beurtheilen. Ich schenke dieser Auseinandersetzung Glauben, bin aber natürlich als Laie jeder Obergerlehrung zugänglich. Nun aber sagen gerade unsere Gegner, das jetzt beantragte Zollsystem stelle sich im Gegenjah zu diesen guten bewährten Traditionen des alten Zollvereins, — dieser alte Zollverein sei nichts weniger als schutzjöllnerisch, er sei wesentlich finanzjöllnerisch gewesen. Das ist, meines Erachtens, die Behauptung, die hier fort und fort auf-

gestellt wird. Ich sage einfach darauf, daß diejenigen Herren, die so sprechen, die wirkliche Geschichte der Entwicklung und die geschichtlichen Grundlagen dieses Zollvereins gar nicht kennen, die Geseße entweder nicht gelesen oder vergessen haben, denn das direkte Gegenheil ist wahr. Dieser Zollverein beruht im wesentlichen anerkanntermaßen, so daß ich es gar nicht mehr zu beweisen brauche, auf dem preussischen Geseß vom 26. Mai 1818, welches später weiter geführt und entwickelt worden ist. In diesem Geseß ist wörtlich gesagt: „Die Zölle sollen durch eine angemessene Besteuerung des äußeren Handels und des Verbrauchs fremder Waaren die inländische Gewerbthätigkeit schützen und dem Staat das Einkommen sichern, welches Handel und Luxus ohne Erschwerung des Verkehrs gewähren können.“ Ich sollte doch meinen, man könnte nicht deutlicher die Schutzjöllpolitik proklamiren, als es in diesen Worten geschehen ist. Die Sache entsprach aber auch diesen Worten. Der Schutzjöll ist normaliter auf 10 Prozent vom Werthe fixirt worden, und dieser Normalzoll ist im wesentlichen auch bei den wechselseitigen Strömungen und Gegenströmungen der späteren Zeiten in den Tarifen von 1833 und 1842 aufrecht erhalten worden. Ja, m. H., die Baumwollwaaren und die Eisenwaaren sind erhöht worden auf 12½ bis 20 Prozent. Nun, m. H., ich sage, daß dieses System, welches sich selbst als ein schutzjöllnerisches erklärt, erst verlassen worden ist durch den französischen Handelsvertrag von 1865. In Bezug auf diesen französischen Handelsvertrag haben meine Freunde und ich schon bei Verhandlung desselben von Anfang an die Beforgnis ausgesprochen, daß derselbe überhaupt nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen zu Stande gebracht worden sei. Damals wurde das natürlich mit Ignoranz zurückgewiesen; man bejubelte den neuen Freihandel! — den passiven natürlich, der uns durch diesen Vertrag bescheert worden ist. Vor wenig Wochen hat nun der Herr Reichstanzler die Güte gehabt, zu erklären, daß diese Annahme eine vollberechtigte gewesen sei, und er kann und muß es wissen; er wird also ganz gewiß die Wahrheit sagen. Der innere Gehalt dieser Anerkennung ist ebenso gewiß der, daß man durch diesen französischen Handelsvertrag es vor allem Oesterreich unmöglich machen wollte, in den deutschen Zollverein einzutreten, und daß man außerdem auch die preussische Hegemonie in Deutschland womöglich ohne Widerspruch Frankreichs vernichten wollte. Ich, m. H., will kein Wort darüber verlieren, ob und in wie weit eine solche Zollpolitik gerechtfertigt sein konnte. Ich thue es deshalb schon nicht, halte es auch nicht für nöthig, weil in den Regierungsmotiven selbst auf Seite 11 gesagt ist, ausdrücklich anerkannt wird, daß die wirtschaftlichen Einrichtungen eines Landes nicht der Politik untergeordnet werden dürfen. Nun, m. H., das ist ja eine Sache für sich, das liegt alles hinter uns. Es steht Gottlob! fest, daß heute wenigstens auf den bösen oder guten Willen eines Napoleon III., ja einer französischen Republik keine Rücksicht mehr genommen zu werden braucht, und daß wir unsere wirtschaftliche Politik nach unseren Bedürfnissen einrichten können und müssen. (Bravo!)

Das Weitere, was sich an diesen französischen Handelsvertrag anschließt und was ich deshalb hier vortragen zu müssen glaube, weil mit diesem französischen Handelsvertrag geradezu eine Abgötterei getrieben worden, ist nicht minder bedenklich. Dieser französische Handelsvertrag ist zu Stande gekommen ohne jede vorherige Rücksicht auf unsern inländischen Verkehr, mit unsern politischen Willen eines Napoleon III., ja einer französischen Republik keine Rücksicht mehr genommen zu werden braucht, und daß wir unsere wirtschaftliche Politik nach unseren Bedürfnissen einrichten können und müssen. (Bravo!)

Das Weitere, was sich an diesen französischen Handelsvertrag anschließt und was ich deshalb hier vortragen zu müssen glaube, weil mit diesem französischen Handelsvertrag geradezu eine Abgötterei getrieben worden, ist nicht minder bedenklich. Dieser französische Handelsvertrag ist zu Stande gekommen ohne jede vorherige Rücksicht auf unsern inländischen Verkehr, mit unsern politischen Willen eines Napoleon III., ja einer französischen Republik keine Rücksicht mehr genommen zu werden braucht, und daß wir unsere wirtschaftliche Politik nach unseren Bedürfnissen einrichten können und müssen. (Bravo!)

nun unsere Gegner, daß nach diesem Handelsvertrag sich in unserer Industrie und Gewerbthätigkeit ein sehr großer Aufschwung gezeigt habe. Die Thatsache ist vollkommen richtig und sie würde schlagend sein, wenn nur das Eine wahr wäre, daß post hoc et propter hoc identische Begriffe wären. Dann wäre das ein recht schlagendes Argument. Allein dieser Satz ist schon an und für sich falsch, überdies wird die Konsequenz, die man aus diesem Aufschwunge zum Vortheile dieses Handelsvertrages macht, auch positiv widerlegt durch die Erfahrungen, die in allen anderen Ländern damals gemacht worden sind. Denn in allen diesen Ländern, sowohl im schutzjöllnerischen Amerika, wie im minder schutzjöllnerischen Frankreich, in Oesterreich und Rußland, sowie auch im freihändlerischen England hat nach 1865 ein gleicher theilweise größerer Aufschwung stattgefunden, wie dies auch Fürst Bismarck im eminenten Sinne von Rußland auf Grund dessen schutzjöllnerischer Einrichtung bezeugt hat. (Zwischenrufe links: Im Gegenheil!) Also diese Thatsache des Aufschwungs unter den aller verschiedensten Voraussetzungen scheint nur zu beweisen, daß man dessen Segnungen nicht dem bezeichneten Handelsvertrag zuschreiben kann. Die wirklichen Gründe scheinen mir auf der Hand zu liegen und Jedermann bekannt zu sein, sie liegen in der ganz außerordentlichen Entwicklung des Communicationswesens, (Sehr richtig!) sowie in der unendlichen Vermehrung der Maschinenkräfte, ja wohl theilweise auch in dem Goldstrom, der in jenen Zeiten von Californien aus über die Welt hingegangen ist. Jedenfalls war die Ursache des deutschen Aufschwungs nicht dem französischen Handelsvertrag als solchem zuzuschreiben, sondern man kann höchstens sagen, er hat nicht gehindert, daß ein solcher Aufschwung eingetreten ist, wie wir ihn thatsächlich vor uns sehen. (Schluß folgt.)

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 13. Mai. Dem St. Vincenz-Vereine ist eine schöne Empfehlung seitens des heiligen Vaters zu Theil geworden. Der Gesamt-Verein hatte demselben am Jahrestage seiner Krönung eine Adress- überreichen lassen, auf welche der General-Rath des Vincenz-Vereins als Antwort nachstehendes Breve erhielt:

Leo XIII., Papst.

Geliebte Söhne, Gruß und Apostolischen Segen.
„Eure Glückwünsche konnten nicht verfehlen, Uns sehr willkommen und angenehm zu sein, geliebte Söhne, die ihr eure Ergebenheit und Liebe nicht bloß in Worten, sondern durch die Beweise, welche ihr Uns zum Heile der Seelen leistet, auch in Werken beweist. Denn jene Liebe Christi, die euch zu einem Vereine verbunden, um den Nächsten in den äußeren Leiden und Bedrängnissen Hülfe zu bringen, hatte vor Allem den Nutzen der Seelen im Auge, so zwar, daß sich auch durch die materiellen Unterstützungen, mit denen ihr die bedrängten und gedrückten Gemüther erleichtert, ein bequemerer Weg eröffnete, um mit besserem Erfolge die Krankheit der Seelen zu heilen. Wir wünschen euch deshalb Glück, die ihr diesen heilsamen Uebungen der christlichen Barmherzigkeit obliegt, und bitten Gott, Er wolle euren Fleiß und eure Bemühungen so fruchtbar machen und segnen, daß Viele durch eure Mildthatigkeit von ihren Krankheiten geheilt und von den Bedrängnissen ihrer Armuth befreit, auch geistig genesen; daß ebenso auch Viele, durch euer Beispiel und eure Erfolge angezogen, als Mitglieder eures Vereines beitreten. Euch aber mögen, so wie ihr täglich neue Schätze und Verdienste erwirbt, auch neue Schätze himmlischer Gnade zufließen und eine Krone der Herrlichkeit im Himmel mit jedem Tage glänzender euch bereitet werden! Inzwischen aber empfange als Unterpfand der göttlichen Gnade den Apostolischen Segen, welchen Wir als Beweis Unseres väterlichen Wohlwollens einem Jeden aus euch, geliebte Söhne, und eurem gesammten Vereine liebevoll ertheilen.“ Gegeben zu Rom.

Neuß, 13. Mai. In einem Extra-Blatte verordnet die Königl. Regierung in Düsseldorf für den Umfang des Rheines und der Lippe innerhalb der Grenzen des Regierungsbezirks Düsseldorf Nachstehendes:

1. Der Fang von Lachsen, Lachsforellen, Finten, Maifischen und Stinteln ist während der durch die Allerhöchste Verordnung vom 2. November 1877 festgesetzten Frühjahrsschönzeit vom 10. April bis 9. Juni d. J. an allen Tagen mit Ausnahme des Sonnabends und Sonntags jeder Woche gestattet.
 2. Der Fang aller übrigen Fische ist während dieser Zeit in den beiden genannten Flüssen nur Dinstags, Mittwochs und Donnerstags, und zwar mit Ausschluß aller auch sonst erlaubter Fangmittel, welche vorzugsweise geeignet sind, die junge Fischbrut zu zerstören, gestattet.
 3. Der Betrieb der Fischerei mittelst ständiger Vorrichtungen und schwimmender oder an dem Ufer oder Flußbett befestigter oder verankerter Rege oder Reusen ist während der genannten Schönzeit verboten.
- Köln, 12. Mai.** Heute Vormittag hat sich hierelbst, wie der „Köln. Ztg.“ mitgetheilt wird, der wohl einzig dastehende Fall zugetragen, daß die Hundefänger einen Menschen einfingen. Ein Anwohner der kleinen Budengasse, der mit seinem Hündchen einen Spaziergang zu machen im Begriffe stand und dem Thierchen an der Ecke der genannten Straße eben den Maulkorb anlegen wollte, sah plötzlich die Hundefänger auf sich zukommen. Sein Thierchen auf den Arm nehmen und mit diesem die Flucht ergreifen, war für ihn das Werk eines Augenblicks. Allein kaum hatte er einige Schritte vorwärts gethan, als auch schon das Reh einer der Hundefänger über seinen Kopf geworfen wurde, und er so in optima forma eingefangen war.

Antliches.

Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht: dem Papier-Fabrikmeister Heinrich Rammann zu Lachenbach, Amts-Cellen, dem Papler-Maschinenführer Heinrich Herboldt ebendasselbst und den Fabrikarbeitern Jacob Bilger zu Gassel und Heinrich Winden zu Rothberg im Kreise Düren das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht: die Wahl des Gymnasial-Oberlehrers Dr. Oskar Hente zu Hörter zum Director der Realschule 1. Ordnung zu Mülheim an der Ruhr zu bestätigen; und

dem Director der landwirtschaftlichen Akademie zu Poppelsdorf bei Bonn, Professor Dr. Dänkelberg, den Charakter als Gehelmer Regierungsrath zu verleihen.

